

## **Feldbericht der Forschungsphase auf Lesbos, 04.03.2019 – 17.04.2019**

In der im März und April 2019 vorgenommenen und geförderten Feldforschungsphase ging es um die Vertiefung der Forschung meiner Promotionsarbeit, die sich mit räumlichen Strategien und Gegenstrategien von Kontrolle und der Regierung des Registration and Identification Centers Moria auf Lesbos, Griechenland, auseinandersetzt. Ging es bei der ersten, im August 2018 durchgeführten Phase noch darum, einen ersten Überblick über das Feld zu bekommen und mit möglichst vielen Organisationen explorativ über die Situation auf Lesbos und im RIC Moria ins Gespräch zu treten, wurde diesmal eine „direktere“ – strategischere – und nähere Erfassung der Situation angestrebt. Dies passierte in Form von einer nicht-teilnehmenden Beobachtung im Camp, gewährleistet durch das griechische Migrationsministerium und die Lagerverwaltung sowie einer zweiwöchigen teilnehmenden Beobachtung bei der NGO EUORELIEF, die von der Verwaltung mit der Unterbringung und teilweisen Versorgung der Asylsuchenden in Moria betraut wurde und mir dadurch den längeren Zugang zum Camp gewährleistete. Hinzu kamen fünf, zum Teil aufgenommene Interviews mit Asylsuchenden, die in Moria oder im nahegelegenen informellen Camp namens Olive Grove untergebracht sind. Zusätzlich dazu fanden noch vereinzelte Interviews mit Anwälten, Organisationsmitarbeitern und zahlreiche informelle Gespräche statt, die ebenfalls zur Erfassung der Gesamtsituation auf der Insel ihren Teil beitragen. Im Folgenden werden erste Beobachtungen wiedergegeben und im Anschluss, in Bezug auf den Zugang und Herausforderungen, reflektiert.

### **Erste Beobachtungen – Die Situation und Vorgänge im Lager.**

Zum Zeitpunkt des Forschungsaufenthaltes hat sich die Zahl der Untergebrachten seit dem letzten Aufenthalt im August 2018 um etwa 4000 Personen von ca. 9000 auf ca. 5000 verringert. Dies lässt sich zum einen auf geringere Ankunftsahlen, bedingt durch höhere Ankünfte in Samos, eine höhere Zahl von „Aufgriffen“ durch die türkische Küstenwache sowie die jahreszeitlich bedingten Rückgänge zurückführen. Zum anderen wurden zunehmend Transfers, größtenteils nach Athen und Thessaloniki bewerkstelligt. Dies lässt sich wiederum auf die höhere Anerkennung des Vulnerabilitätsstatus zurückführen, der auch für die Asylsuchenden das erste anzustrebende Ziel darstellt. Als direkte Folge dessen wird die geographische Restriktion auf die Insel aufgehoben, sodass die Personen auch eigenständig innerhalb Griechenlands reisen können und, im Falle von ausreichenden finanziellen Mitteln oder sozialen Netzwerken sowie der langen Verzögerung in Bezug auf Transfers, einen Umzug aus dem Camp in griechische Metropolen inklusive deutlich verbesserter Einkommensmöglichkeiten selbst organisieren können. Zusätzlich dazu wird der Asylantrag direkt von griechischen Asylbehörden (Greek Asylum Service, GAS), bearbeitet, sodass zum einen das europäische Verfahren und die zusätzliche Befragung durch die europäischen Asylbehörden (European Asylum Support Office) hinfällig wird. Ein weiterer großer Vorteil aus Sicht der Betroffenen für deren Ziel, ihren Aufenthalt in Europa zu sichern, ist ebenfalls, dass eine mögliche Abschiebung, resultierend aus dem EU-Türkei-Deal und der Erklärung der Türkei als sicheres Drittland, ausgesetzt wird, was in der Gesamttendenz einen eklatanten Rückgang der Abschiebezahlen innerhalb der letzten Monate nach sich zog. Teilweise verweigern Asylsuchende jedoch den fremdorganisierten Transfer, vor allem im Falle eines Transfers in andere Lagereinrichtungen auf dem Festland, meist gepaart mit ihrer Einschätzung der vorliegenden Wohnsituation im RIC Moria. Dies lässt darauf schließen, dass die Geflüchteten insgesamt sehr vernetzt und informiert über die Situationen auf dem Festland sind und die Transfers (organisiert vom UNHCR) und andere Dienste strategisch nutzen, um ihre Lage zu verbessern. Einzelne Personen gehen jedoch davon aus, dass sich durch die sich verändernden klimatischen Umstände und politische

Strategien kurz vor den griechischen Wahlen die Situation in Bezug auf Unterbringungszahlen wieder drastisch verschärfen könnte.

Im Hinblick auf die Unterbringung, in die ich bei meiner teilnehmenden Beobachtung mit der Organisation EURORELIEF einen tiefgreifenden Einblick erlangen konnte, lässt sich sagen, dass die Wohnsituation durch die Überkapazität des Camps, die trotz der sich entspannenden Situation bei 2000 Personen liegt, weiterhin sehr angespannt ist. Generell wird die Unterbringung ab dem Zeitpunkt der Registrierung von ebenjener Organisation vorgenommen. Diese besitzt eine Datenbank über belegte und freie Plätze, die stetig durch Zensus-Gänge von Freiwilligen und Aktualisierungen durch die Transfers oder selbst- oder fremdorganisierte Umzüge der Geflüchteten aktuell gehalten wird. Somit gibt es zwei Möglichkeiten der Unterbringung. Entweder die Asylsuchenden finden selber etwas oder ihnen wird etwas über Netzwerke, meist über die jeweilige ethnische Community, organisiert, oder sie werden zu bestimmten Plätzen zugeordnet, wobei ebenso auf ethnische Zugehörigkeiten geachtet wird. In beiden Fällen läuft die Registrierung und die Erlaubnis jedoch über EURORELIEF. Auch wenn die Asylsuchenden selbst eine Unterbringung gefunden haben, müssen sie erst beim zentral im Camp liegenden Büro nachfragen, ob es möglich ist, dort hinzuziehen. Ziehen sie selbstständig dorthin und registrieren sich im Nachhinein im Büro, werden sie darauf hingewiesen, dass dieser Vorgang in der Form nicht möglich ist. Insofern der Platz der selbstgesuchten Unterbringung jedoch für die Größe der Personenzahl angemessen erscheint und er noch nicht für eine anderweitige Belegung vorgesehen ist, wird der Umzug in der Regel im Nachhinein erlaubt. Falls dies nicht der Fall ist, werden die Betroffenen aufgefordert, den Platz zu verlassen, falls nicht, wird die Polizei gerufen und die Betroffenen werden zur Not unter Anwendung körperlicher Zwangsmaßnahmen aus dem Raum herausbefördert. Dies kommt jedoch aktuell in den seltensten Fällen vor. Ein zusätzlicher, teilweise effektiver Mechanismus bei unerwünschter Selbstunterbringung besteht in der Nicht-Registrierung der Betroffenen, die dadurch durch verschiedene Institutionen nicht erreichbar sind. Dies wird vor allem dann angewendet, wenn die Asylsuchenden sich eigene Strukturen aufbauen, was unter der aktuellen Situation von der Lagerverwaltung untersagt ist. Je nachdem, ob sich die Betroffenen als von der Registrierung des Aufenthaltsortes abhängig fühlen, ist dies eine effektive Möglichkeit, unerwünschte Unterbringung zu vermeiden. Streben die Asylsuchenden jedoch an, die Weiterreise und die Versorgung mit eigenen Mitteln zu organisieren, funktioniert auch das nur in seltenen Fällen. Zusätzlich wird teilweise in den Daten ein Vermerk gemacht, wo die Personen anzutreffen sind, ohne sie jedoch offiziell zu registrieren. Die wichtigsten Dokumente erhalten sie dementsprechend über EURORELIEF und nicht über die einzelnen Behörden, die abhängig von den Daten dieser Organisation sind.

Die Essensausgabe findet ebenfalls zentral innerhalb der sogenannten „Foodline“ statt, in der sich die Asylsuchenden, sofern sie Essen von dort beziehen wollen, anstellen müssen. Die Foodline ist in vier Gänge unterteilt, die jeweils auf den Raum der Essensausgabe zulaufen bzw. darum herum. In den Raum der Ausgabe sind Fenster eingelassen, von wo aus die Personen mit Essen und Wasser versorgt werden. Gepaart mit der von einigen Personen geschilderten Tatsache und einigen Erlebnissen darüber, dass es nicht genug Nahrung für alle Anwesenden gibt, frequentieren einzelne Asylsuchende die Essensausgabe so gut wie gar nicht, aus Angst vor der angespannten Situation und daraus resultierenden Konflikten um das Essen, die in tätlichen Angriffen selbst mit Messern münden können. Diese nutzen dann das am Ende der Ausgabe übrig gebliebene Wasser sowie die bereitgestellten 90 Euro im Monat, um sich zu versorgen.

Prinzipiell lässt sich sagen, dass die Strukturen des RIC Moria von beschränkten Zugängen von Geflüchteten in strategisch wichtige Areale gekennzeichnet ist, sodass vor allem beschränkter Zugang zu Informationen, medizinischer Versorgung, anwaltlicher Beratung sowohl zum Asylverfahren besteht. Die Zugänge sind konkret von mit Stacheldraht bestückten Zäunen beschränkt, deren Zugang zu Toren und Türen überwacht wird. Haben Personen Termine mit den jeweiligen Organisationen und Ämtern, die sie in den meisten Fällen nicht selber ansetzen können, sondern ihnen zugewiesen werden, müssen sie dies nachweisen. Die Sprachbarriere bei der Zugangskontrolle provoziert dabei vereinzelt Konflikte.

### **Hindernisse und Herausforderungen**

Herausforderungen bei der Forschung, die zu erwarten waren und voraussichtlich auch in folgenden Feldaufenthalten zu bewältigen sind, ist der Zugang zu sensiblen Bereichen. Somit hat mir das griechische Ministerium für Migration lediglich einen Zugang von vier Stunden für die Forschung gewährt, die ich lediglich durch die teilnehmende Beobachtung bei EURORELIEF ausgleichen konnte, dort jedoch mit meiner Arbeit beschäftigt gewesen bin und nur im Zuge dessen Beobachtungen anstellen konnte. Diese Beobachtungen jedoch gaben trotzdem einen angemessenen Einblick in die Funktionsweisen des Lagers, obwohl ich keinen Zugang zu allen Vorgängen und Bereichen bekommen habe, vor allem nicht zum umzäunten und stark gesicherten Bereich für das Asylverfahren sowie zum im Lager selbst gelegenen Detention-Center. Ein weiteres Problem, das sich mit sensiblen Bereichen assoziieren lässt, ist der Aufbau von Beziehungen zu und den daraus resultierenden Gesprächen mit Geflüchteten, speziell aus der Position eines Mitarbeiters einer Organisation heraus, die von vielen Asylsuchenden selbst kritisch beäugt wird und mit zwangsdurchgesetzten Umzügen oder zu wenig Platz in der für sie vorgesehenen Unterbringung assoziiert wird. Eine Möglichkeit dort ist das Aufsuchen des informellen Lagers oder der Besuch einzelner Einrichtungen, die von Asylsuchenden frequentiert werden. Ein längerer Aufenthalt und die Mitarbeit in Organisationen, die weniger problematisch wahrgenommen werden und trotzdem den ausgiebigen und möglichst hierarchiearmen Kontakt zu Asylsuchenden ermöglichen, stehen daher im Zentrum eines kommenden Aufenthaltes. Dort werde ich ebenfalls versuchen, zusätzlichen offiziellen Zugang in stark zugangsbeschränkte Bereiche zu erhalten.